



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Kreisverbände Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern

Hanau, 17.12.2018

GEW gegen Fake News über Unterricht

Die GEW und ihre Kreisverbände im Kinzigtal stehen für eine soziale, bunte und weltoffene Gesellschaft, in der Rassismus, Rechtsradikalismus, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz haben. Deshalb möchten wir an dieser Stelle deutlich und entschieden auf ein Phänomen reagieren, das in den letzten Monaten und Jahren immer mehr um sich greift: Willkürliche und bössartige Denunziation von Kolleg_innen, die nichts anderes tun, als ihrem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, Kinder und Jugendliche im Geiste der Grundsätze unserer Verfassung zu erziehen und ihnen diesem Geist entsprechende Lerninhalte zu vermitteln. Besonders im Fokus rechter Denunziationspolitik stehen dabei die Fächer Religion / Ethik, Geschichte (Unterrichtsinhalt Drittes Reich) und Biologie (Sexualerziehung). Konkret geht es momentan um einen Vorfall im evangelischen Religionsunterricht der Grundschule, und zwar wird Religionslehrkräften unterstellt, eine schleichende Islamisierung zu betreiben, wenn sie im Religionsunterricht im Kontext eines Vergleiches der Weltreligionen auch über den Islam informieren.

Normalerweise werden solche Unterstellungen schulintern mit den sich beklagenden Eltern geklärt, jüngst jedoch wurden bearbeitete Unterrichtsmaterialien mit Schülernamen und Lehrerkürzel in einem You-Tube-Video in das Internet gestellt unter dem Titel „Eine Islamisierung findet nicht statt“ (wobei diese Untertitelung natürlich ironisch gemeint ist). „Ein solches Vorgehen ist nicht mehr weit von den Denunziationsplattformen der AFD in anderen Bundesländern entfernt“, meint Heike Rickert-Fischer vom GEW Kreisverband Gelnhausen. Es zeige darüber hinaus, wie Fake-News gezielt in die Medienwelt gesetzt werden, um sie für politische Zwecke zu missbrauchen.

Die GEW-Kreisverbände Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern stellen sich öffentlich und ausdrücklich hinter alle Kolleginnen und Kollegen, die – wie im Grundschulcurriculum der dritten und vierten Klassen vorgesehen – in ihrem Religionsunterricht die großen Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam kontrastierend den Schülerinnen und Schülern vermitteln.

Kolleginnen und Kollegen müssen ausdrücklich von ihrem Dienstherrn geschützt werden, wenn sie politisch umstrittene Themen gemäß den Vorgaben des Hessischen Kultusministeriums unterrichten. Schließlich sind diese Vorgaben in einem demokratischen, transparenten Verfahren entstanden. An diesem Verfahren sind immer auch die Elternvertretungen (Landeselternbeirat) beteiligt. Es steht einzelnen Eltern nicht zu, diese Vorgaben zu ändern. Hier endet das Elternrecht und beginnt das Recht des Staates. Die GEW-Kreisverbände stellen fest, dass nach ihrer Auffassung nur die Kenntnis des „Anderen“ zu einem demokratischen und friedlichen Miteinander in unserer Gesellschaft führt, in der die Werte des Grundgesetzes und die Menschenrechte als oberstes Gebot beachtet werden.

„Es ist grundsätzlich ein großer Vertrauensbruch, wenn Eltern Unterrichtsmaterialien in öffentliche Foren einstellen; ein solches Verhalten stört nachhaltig den Schulfrieden und führt zu großem Misstrauen – dabei ist es doch Aufgabe von Schule, gemeinsam mit den Eltern die in den Kerncurricula vorgeschriebenen und in einem demokratischen Diskurs von gewählten Regierungshandelnden formulierten Erziehungsziele zu verfolgen“, konstatiert Ingabritt Bossert vom Vorsitzendenteam des KV Hanau.

„Wir fordern alle am Gelingen von Bildung Beteiligten auf, gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule demokratische Haltung und Abläufe einzuüben und im Konfliktfall das persönliche Gespräch zu suchen, statt in böswilliger Absicht Lehrkräfte im Internet zu diskreditieren“, meint abschließend Günther Fecht, Vorsitzender des KV Schlüchtern.